

Ratschlag

Informationsschrift der Fraktion

Bündnis 90/Die Grünen im Stadtrat Leipzig

Ausgabe
Dezember 2012
NR. 68

Amt ohne Führung

von Katharina Krefft



Zunehmend gerät das große Amt für Familie, Jugend und Bildung aus dem Ruder. Monatelang wurde der strukturierte Ausbau des fusionierten Amtes versäumt, Kritik abgekanzelt und wurden Evaluationen nicht durchgeführt. Den Amtsleiter erreichten Hinweise und Problemanzeigen nicht. Das alles spricht für ein eklatantes Führungsver-sagen im Dezernat von Professor Fabian.

Mit dem Bekanntwerden des Todes einer Mutter und ihres 2-jährigen Kindes nahm die Diskussion Fahrt auf. Die Frau wurde jahrelang von der Suchthilfe betreut und mit Geburt des Kindes auch vom Allgemeinen Sozialdienst (ASD). Wir

hinterfragten also die Verantwortung des ASD. Dabei stießen wir auf eine Abwehrhaltung, jegliche Verantwortung durch Amtsleitung und Bürgermeister wurde abgewiesen. Erst nach Vorstellung eines Gutachtens erkannte die Verwaltungsspitze an, dass es ein Problem beim ASD gibt. Dieser war 2009 einer Organisationsanalyse unterzogen worden, doch die Umsetzung der Empfehlungen geschah unzureichend, von oben herab und mit sehr viel Druck. Die dazu eingesetzte Leiterin durfte schalten und walten, stets hielt der Amtsleiter Herr Haller die Hand über sie. Bürgermeister Professor Fabian war für das Thema nicht zu erreichen. Um die Kritik zu objektivieren, forderten

INHALT

Aktuelles zum Fußballfanprojekt	2
Ortschaftsverfassung für Leipzig gescheitert	4
Probleme bei Leistungen für Asylbewerber	5
Stadtfinanzen in Zeiten des Wahlkampfes	7
„Nachhaltigkeit“ – nur ein Wort?	9
Junge Wohnungslose: Unser Problem!	10
Leipzig und seine Partnerschaften	11
Endlich: Lernmittelfreiheit an Schulen	12
Waldumbau – schockierend, aber nötig	13
VIB statt VIP	14
Anschlag auf Markthalle	14
Problem: Governance Kodex	15

wir daher 2010 eine Evaluation, die bis heute nicht vorgelegt wurde. Nun wurde die Leiterin versetzt.

Kinderschutz ist in Leipzig nicht ausreichend zuverlässig gegeben.

Daneben kumulieren noch weitere Probleme, die jahrelang verschleppt wurden.

Wie sehr die AnwohnerInnen des Flughafens unter dem Lärm leiden und wie die neuesten Entwicklungen diese Situation noch verschärfen, beschreibt Bert Sander (WVL) auf Seite 3

Wie sich der Leipziger Personennahverkehr darstellt und, dass wir einen internationalen Vergleich nicht zu scheuen brauchen, berichtet Ansgar Maria König auf Seite 6

Wie problematisch die Situation um die Kitaplätze in der Stadt ist und, dass das Vergabesystem dieser nicht gegensteuern kann, erörtert Michael Schmidt auf Seite 8

Der Anstieg von Kinderschutzanzeigen führte zu einer massiven Steuerung der Fälle. Um Geld zu sparen, wurden erzieherische Hilfen viel zu lange nur ambulant gewährt. Doch nun zeigt sich: Die Fälle eskalieren. Die bekannt gewordenen Zwillinge sind nach Aussagen aus Fachkreisen nur die Spitze. Die Inobhutnahmestelle, wo Kinder in absoluten Krisensituationen Zuflucht finden, war monatelang erheblich überbelegt (33 Kinder bei 18 Plätzen). Auch tummeln sich neue Anbieter von Maßnahmen in Leipzig, die offenbar keinen Qualitätskriterien genügen. Eine unserer Anfragen offenbarte: Es gibt auch keine Überprüfung nach fachlichen Standards. Die Abbruchrate ist 25 %, oder anders: Jedes vierte Kind wechselt in einer so sensiblen Situation die Wohngruppe. Aber zu Konsequenzen bei der Trägerwahl führt dieses nicht.

In der Zuständigkeit dieses Amtes liegen auch der Ausbau der Schulkapazitäten mit aktuell einem Programm über 165 Mio. € sowie die fehlenden Kita-Plätze: Bei prognostizierten 6.000 Geburten im Jahr 2012 gibt es gerade mal 7.550 Betreuungsplätze für unter 3-Jährige. Kleinere, aber auch sehr ärgerliche Missstände zeigen sich in der Elterngeldstelle, wo die Wartezeit mindestens zwei Monate beträgt. So lange müssen junge Eltern finanziell überbrücken! Und bei der Vaterschaftsanerkennung? Hier werden Eltern ins Umland geschickt, weil das Jugendamt nicht nachkommt.

Eine umfängliche Neuorganisation des Amtes ist nötig. Daher beantragten wir eine externe Organisationsanalyse. Diese soll durch eine bzw. einen im Jugendhilferecht erfahrene bzw. erfahrenen GutachterIn durchgeführt werden. Am Ende sollen Vorschläge für die optimale Struktur des Amtes für Jugend, Familie und Bildung stehen, um die Arbeitsfähigkeit wieder herzustellen.

Konkret, aus den Erfahrungen mit dem entsetzlichen Fall in Gohlis heraus, fordern wir: Der ASD soll nicht nur mit seinen KlientInnen, sondern auch mit deren Umfeld arbeiten. Diese sozialräumliche Erweiterung des Betrachtungsraumes drogenabhängiger Eltern soll ein engeres Schutznetz aus Kinderbetreuung, Kinderarzt, Suchthilfe, Substitutionspraxis und Familienangehörigen bieten. Wir fordern die kinder- und jugendpsychologische Beurteilung des Kindeswohles und die Einrichtung einer Kinderschutzambulanz in bekannten Problemkonstellationen.

Dies sind alles alte Vorschläge, die im Kinderschutznetzwerk diskutiert und immer wieder vertagt wurden, aber endlich umgesetzt werden müssen.

Ein Jahr Fußball-Fanprojekt unter Outlaw

von Michael Schmidt

Das Leipziger Fußball-Fanprojekt, in Händen des erfahrenen Jugendhilfeträgers, der Outlaw gGmbH, leistet seit nunmehr einem Jahr eine wertvolle Arbeit im Bereich der präventiven und begleitenden Jugendsozialarbeit. Der damals dringend nötige Trägerwechsel, welcher von uns lange gefordert und im RATSCHLAG 61 und 65 thematisiert wurde, entpuppte sich als voller Erfolg. Das Fanprojekt ist mittlerweile mit sechs Mitarbeitern und weiteren ehrenamtlich Tätigen für fünf Leipziger Fußballvereine tätig und hat bereits viele sozial- und erlebnispädagogische sowie bildungspolitische Projekte durchgeführt. Für die weitere Arbeit wünschen wir viel Erfolg und begleiten diese im eingesetzten Fanprojektbeirat.

Infos unter: www.fanprojekt-leipzig.de

Neues aus dem Stadtrat

Ausbildungsoffensive für ErzieherInnen gefordert

Leipzig braucht – bedingt durch die Bevölkerungsentwicklung und die Altersstruktur der Beschäftigten – in den kommenden Jahren dringend ErzieherInnen für Kitas und Horte. Bereits jetzt ist qualifiziertes Personal schwer zu bekommen, z. T. muss vorzeitig zusätzliches Personal gebunden werden, um den Bedarfsfall abgesichert zu wissen. In absehbarer Zeit wird der Bedarf an ErzieherInnen gar nicht mehr gedeckt werden können. Einem Fachkräftemangel kann nur mit einer Ausbildungsoffensive begegnet werden. Die Sicherung und Erweiterung der Ausbildungsplatzkapazitäten ist zwar Ländersache, doch wir müssen als Stadt Leipzig unsere Möglichkeiten nutzen, um auf das Problem aufmerksam zu machen, und auf eine Erhöhung der Ausbildungsplatzkapazitäten an den Fachschulen in Leipzig drängen.

Kommunale Dachflächen für Solaranlagen

Wir fragten nach dem aktuellen Umsetzungsstand des betreffenden Ratsbeschlusses von 2009. Hierzu wurde uns berichtet, dass vier Dächer kommunaler Schulen zur Errichtung von Photovoltaikanlagen zur Verfügung gestellt und an Investoren vergeben wurden. Darüber hinaus sei durch das Amt für Geoinformation und Bodenordnung ein Solardachkataster nicht nur für städtische Gebäude, sondern insgesamt für die Stadt Leipzig erarbeitet worden.

Mit dem Solardachkataster der Stadt Leipzig könnten sich BürgerInnen demnächst im Internet mit wenigen Klicks anzeigen lassen, ob die Dachfläche ihres Gebäudes für eine Photovoltaik- oder eine Solarthermieanlage geeignet ist. Die Solardachoffensive sei ein Bestandteil in der Vermarktung von geeigneten Solardachflächen im Rahmen der Klimaauffensive der Stadt Leipzig.

Freiflächenkonzept

Im Zusammenhang mit der Problematik illegaler Facebookpartys fragten wir nach dem aktuellen Freiflächenkonzept. Bürgermeister Rosenthal führte dazu aus, dass Anfang 2010 in einer ämterübergreifenden Beratung zum Thema Freiflächenkonzept von den beteiligten Ämtern positiv aufgenommen worden sei.

Jedoch habe bis Ende 2010 keine geeignete Fläche gefunden werden können. Die vorgeschlagenen sechs Freiflächen hätten sich entweder als gänzlich ungeeignet erwiesen oder nicht im Eigentum der Stadt Leipzig gelegen.

Wesentliche Ablehnungsgründe dabei seien die Thematiken denkmalgeschützte Parkanlage, Lage in Schutzgebieten bzw. die unmittelbare Nähe zu schutzwürdigen Anwohnerschaften gewesen.

Inzwischen liegen wohl neue Flächen-vorschläge vor, wovon drei weiter geprüft werden.

Die Verwaltung habe bereits mehrfach Versuche unternommen, Freiflächenpartys zu legalisieren. Die im Wege vereinfachter Verträge erlaubten Veranstaltungen seien vielfach nicht entsprechend den Vertragsinhalten und ergänzenden Auflagen durchgeführt worden. Im Ergebnis sei es zu teilweise erheblichen Störungen gekommen, obwohl durch die Verwaltung ein erhöhter Kontrollaufwand geleistet worden sei.

Wann endlich wird der Dumping-Flughafen Leipzig/Halle ein Fall für das Bundeskartellamt?

von Bert Sander (WVL)

Der Flughafen Leipzig/Halle vermeldet großartige Wachstumszahlen: Immerhin, der Airport kann 2012 auf eine Steigerung der Fracht von um die 15 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum verweisen. »Unser Frachtgeschäft boomt«, fasst Flughafengeschäftsführer Dierk Näther die Entwicklung zusammen.



Nur, gerne würden sich auch die vom Nachtfluglärm betroffenen BürgerInnen über diese Erfolgsmeldung freuen; doch leider, sie werden vor lauter Erfolgseuphorie von Dierk Näther mit keinem Wort bedacht. Dabei würde es Tausende Leipziger BürgerInnen doch einigermaßen beruhigen, wenn man ihnen zumindest die Hoffnung vermitteln würde, das sich proportional zum prosperierenden nächtlichen Frachtflugverkehr auch die Lärmschutzmaßnahmen entwickeln würden.

Aber nein, das Leipziger Drehkreuz entwickelt sich vielmehr gegen den bundesdeutschen Trend; bundesweit sei nämlich der Luftfrachtumschlag um vier Prozent im Vergleich zum Vorjahr »eingebrochen«, so Näther. Leipzig dagegen »entkoppelt sich damit vom globalen Trend«, so der Airport-Manager weiter. Was allerdings keine Kunst ist, wenn man sich nämlich zugleich von den mittlerweile »billigsten« bundesweiten Standards in Sachen »aktiven Lärmschutz« (Stichwort »Bonusliste«) »abkoppelt«. »Näther führte das anhaltende Wachstum« maßgeblich »auf den rechtssicheren Betrieb rund um die Uhr zurück«, berichtet die LVZ. »Rechtssicher«?

Herr Näther unterschlägt in dieser so selbstsicheren wie selbstgerechten Verlautbarung allerdings, dass aktuelle medizinische Studien mittlerweile nicht mehr nur eine beträchtliche gesundheitliche Gefährdung der von Nachtfluglärm betroffenen BürgerInnen vermuten, sondern eben diese inzwischen eindeutig nachgewiesen haben. Dementsprechend hat im Juni 2012 der 115. Deutsche Ärztetag in einem Beschluss den Bund und die Länder aufgefordert, »die Bevölkerung in Deutschland nachhaltig und umfassend vor den Folgen des Flugverkehrs durch Flugzeugabgase und Lärmemissionen zu schützen«. Konkret fordert der Ärztetag, dass Fluglärmschutz und weitere Regelwerke kurzfristig so zu überarbeiten sind, dass die nicht mehr einfach wegzudiskutierenden »Erkenntnisse aus wissenschaftlichen Studien in den Gesetzen abgebildet werden«. Das bestehende Fluglärmschutzgesetz und die untergeordneten Regelwerke sind, so der Ärztetag, kurzfristig so zu überarbeiten, »dass aktuelle wissenschaftliche Evidenz berücksichtigt wird«. Aus Sicht des Deutschen Ärztetages sind die bestehenden Regelungen des Fluglärmschutzgesetzes »nicht in der Lage, die Bevölkerung wirksam zu schützen«. Die Grenzwerte im Fluglärmschutzgesetz seien »deutlich zu hoch« und stehen in einem »offensichtlichen Widerspruch zur vorhandenen Evidenz aus nationalen wie internationalen Studien«.



Nichtsdestotrotz, der von allen bundesweiten Fluglärmschutzstandards »abgekoppelte« Dumping-Flughafen Leipzig/Halle lässt – auf Deubel komm raus – starten und landen, was sonst nirgendwo »geht«, sogar uralte Flugzeugtypen der russischen Antonow-Baureihe, die jüngst aufgrund ihrer

Lärm- und Schadstoffemissionen selbst auf dem Moskauer Airport ein Start- und Landeverbot »eingefahren« haben. Und darüber hinaus, der Leipziger Flughafen ist auch noch zum Schnäppchenpreis zu haben: Vergleicht man nämlich die Landeentgelte von Leipzig mit denen von Frankfurt am Main, so ergibt sich sage und schreibe eine Preisdifferenz von bis zu 1.700 % (!!!). Die Landegebühren für eine AN 124-100 würden im Vergleich der jeweiligen Gebührensatzungen folgendermaßen ausfallen:

Tag / Nachtrandzeit / Nachtkernzeit

Leipzig
3.000 € / 3.000 € / 3.000 €
Frankfurt/Main
20.000 € / 46.000 € / 52.000 €

Auch gibt es in Leipzig keine Differenzierung nach Tag- und Nachtflügen. Es ist also völlig egal, ob die größten Krallwaller am Himmel am Tag oder in der Nacht landen und starten. Ebenfalls gibt es keine Unterscheidung entsprechend der Höhe des Schadstoffausstoßes. Extrem laute Flugzeuge zahlen nicht mehr als weniger laute. In Hamburg z. B. beträgt der erhöhte Zuschlagssatz für Flüge zwischen 00:00 und 06:00 Uhr – man will es nicht fassen und reibt sich die Augen, aber es ist so –: 300 %. So etwas mutet man den Fluggesellschaften, die in Leipzig abheben wollen, nicht zu. Klar, dass bei diesen Dumpingpreisen die Frachtströme mehr und mehr nach Leipzig verlagert werden. Warum auch sollten die Frachtfluggesellschaften auf diesen Reibach, auf diese geradezu fantastische, vom sächsischen Steuerzahler finanzierte Profitquelle verzichten.

Aber gut, wie sagte einst der DHL-Manager Michael Reinboth: Im ostdeutschen Leipzig gelingt, was sonst nirgendwo möglich ist – »nicht mal in China«.

Und was kommt dabei für die von Lärm und Kerosinabgasen geschundene Region heraus: »Ein Wachstum, das in der Region Leipzig im Vergleich mit Dresden und Chemnitz bisher unterdurchschnittlich ausgefallen ist. Leipzig zeichnet sich durch viele relativ niedrig bezahlte Logistikjobs aus«, so die LVZ vom 21. September in einem Interview mit Sachsens Wirtschaftsminister Sven Morlok (FDP).

Keine Ortschaftsverfassung auf Stadtbezirksebene – demokratische Mitwirkung bleibt auf Wohlwollen angewiesen

von Ingo Sasama



In Leipzig gibt es zwei Arten von Recht, was das Wahrnehmen von Interessen der Bevölkerung vor Ort betrifft:

- das wirkliche, starke, mächtige Recht, welches fordern und gestalten kann für seinen Ortsteil, welches verbindliche Verfahren nutzen kann, sogar einklagen kann, die Ortschaftsräte (OR) in den eingemeindeten Ortsteilen, direkt gewählt von den BürgerInnen
- und das auf Bittstellertum angewiesene, mehr geduldet und gelittene als wirklich im Machtgefüge der Stadt gewollte, dem ab und an Krümel an Beteiligung zugeworfen werden, nach Gutdünken, und eher dem großzügigen Wohlwollen der Verwaltung überlassen bleibt, die Stadtbezirksbeiräte (SBB) im Stadtgebiet, benannt von den Parteien.

Wie hatten erneut beantragt, diesen ungleichen Rechtsstatus zu ändern und für das gesamte Stadtgebiet die Ortschaftsverfassung einzuführen und so viel mehr unmittelbare Demokratie zu ermöglichen – Nachfolger der ersten Versuche 1999 und 2008 (z. T. mit der PDS). Daraufhin, wie jedes Mal, wenn ein solcher Antrag im Verfahren war und Machtverlust drohte, wollte die Verwaltung den SBB nunmehr mehr Rechte zugestehen.

So sollten sogenannte wichtige Angelegenheiten eine Art Antragsrecht ermöglichen, Quoren zur Erreichung sollten abgesenkt und sogar ein Rederecht im Stadtrat ermöglicht werden – Fortschritte, aber keine wirkliche Gleichstellung. Sie wären keine verpflichtenden Rechte für SBB, sondern Almosen geblieben. SBB blieben BittstellerInnen, denn es gibt keine einklagbaren fairen Verfahren, sie haben weiter kein eigenes Etatrecht und sind weiter auf das Wohlwollen der Verwaltung angewiesen.

So verwundert es nicht, dass fast alle SBB aller Parteien aus Unzufriedenheit oft mit überwältigender Mehrheit dem Originalantrag zugestimmt und die ihnen zugeworfenen Brotkrumen der Verwaltungsvorlagen weiter als unzureichend kritisiert haben. Dies hat insbesondere die SPD und die CDU unter erheblichen Entscheidungsdruck gesetzt.

Wie hilfreich kam da ein Antrag der FDP daher (die ja bekannt dafür ist, dass sie zwar öffentlich große Blasen schlägt, aber in Wirklichkeit jede konkrete Entscheidung umgehen möchte), der eine Zurückverweisung des gesamten Themas in die Verwaltung vorschlug.

In der Diskussion offenbarten sich für mich erschütternde Einstellungen zur demokratischen Mitwirkung der BürgerInnen, besonders bei den KollegInnen der SPD. So führte SPD-Fraktionschef Dyck aus, dass, solange man in einer repräsentativen Demokratie lebe, der Stadtrat seine Verantwortung für die gesamte Stadt wahrnehmen und sich nicht in seinen Rechten beschneiden solle, was bitte auch so bleiben möge.

Nach hitziger Diskussion wurde der Antrag der FDP mit SPD- und CDU-Stimmen 33 zu 30 angenommen und die komplette Entscheidung vertagt. Im kommenden Jahr soll die Verwaltung (!!!) dazu einen Vorschlag unterbreiten. OBM Jung wird wohl nun dieses für ihn unliebsame Thema bis nach der OBM-Wahl verschleppen. Damit treten auch die Neuerungen und die schon erwähnten erweiterten Rechte der SBB nicht in Kraft.

Wie dramatisch sich die Situation für die SBBs darstellt, möge das Beispiel beweisen, wonach dem SBB Südwest eine von ihm einstimmig eingeforderte Diskussion zu den Gefahren des Gehwegparkens in Schleußig durch mehrfache Nichtteilnahme der Verwaltung verweigert wurde.

Alles in allem ist das eine erschütternde Entscheidung, die mal wieder offenbart, was SPD, CDU und FDP von demokratischer Mitwirkung der EinwohnerInnen halten: Nämlich NICHTS!

Neues aus dem Stadtrat



Strategie und Ziele der Tourismusentwicklung politisch verankert

Der Tourismus in der Stadt Leipzig entwickelte sich in den letzten Jahren außerordentlich positiv. Seit vier Jahren in Folge stellt die Stadt Leipzig bei den jährlich gezählten Gästeankünften und Übernachtungen einen neuen Rekord auf. Auch 2012 wird ein neuer Rekord erwartet. Bereits im ersten Halbjahr 2012 wurde ein Wachstum bei den Übernachtungen von fast 18 % festgestellt. Dennoch fordern wir einen touristischen Entwicklungsplan für die Stadt Leipzig, der u. a. folgende Eckpunkte enthalten sollte: Standortbestimmung, Stärken/Schwächen, strategische Handlungsfelder, Prioritäten bei touristischen Entwicklungszielen, Nachhaltigkeit und Barrierefreiheit, Zeitschienen und Verantwortlichkeiten. Ein entsprechender Plan soll nach der Sommerpause 2013 vorgelegt werden. Diesbezüglich soll perspektivisch eine gemeinsame touristische Vermarktung der Stadt Leipzig und der Region unter Einbeziehung externer Unterstützung und relevanter Partner angestrebt werden.

Vergütung von Tagespflegepersonen wird aufgestockt

Die finanzielle Vergütung von Tagespflegepersonen in Leipzig ist nicht angemessen und bedarf einer grundlegenden Verbesserung. Bei einer großen öffentlichen Diskussionsveranstaltung im Juli 2012 mit über 90 Tagesmüttern und -vätern vereinbarten wir die Weiterentwicklung des Konzeptes der Tagespflegevergütung durch die Verwaltung gemeinsam mit dem Netzwerk der Tagespflegepersonen. Wir mussten jetzt feststellen: Eine Drucksache wurde erstellt, aber ohne die Beteiligung der Tagespflegepersonen. Wieder erreichen die Fraktionen berechnete Proteste. Wir kritisierten die Verwaltung öffentlich für ihre mangelhafte Beteiligungskultur und erarbeiteten Änderungsanträge, damit der Leistung der Tagespflegepersonen für die Betreuung der Kleinsten endlich angemessene Rechnung getragen wird.

Sicherung der Galerie Kunst- und Bauschlosserei und finanzielle Unterstützung der Eigenmittel des Kunstvereins artpa e. V.

Die Vorlage der Verwaltung geht auf einen Haushaltsantrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zum ▶▶

Softwareprobleme behindern Auszahlungen von Grundleistungen

von Annette Körner

AsylbewerberInnen sind die Ärmsten der Armen in unserer Gesellschaft, formal bezogen auf ihre finanziellen Mittel, wohl kaum hinsichtlich Lebenserfahrung und Potenzialen.



Bedrückend seit dem Sommer sind die Stimmen in unserer Stadt, in denen Fremdenangst und Misstrauen überwiegen, seit über konkrete Gemeinschaftsunterkünfte zur dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen gesprochen wird. Die Verwaltung sucht inzwischen eine stärkere Einbindung der BürgerInnen im Umfeld der Standorte und regt soziale Partnerschaften an, bedeutsam auch das gerade vorgelegte Konzept zur Integration von MigrantenInnen. Diesem Vorgehen ist unbedingt Erfolg zu wünschen! Und zu selten wird öffentlich gemacht, wo gutes Miteinander gelingt. Engagierte BürgerInnen im Flüchtlingsrat, in Kirchgemeinden und Vereinen zeigen bereits seit Jahren auch in Leipzig, dass gemeinsame Erlebnisse mit und für MigrantenInnen den Blick der Beteiligten weiten. Dies ist eine Einladung an alle ängstlichen Bedenken-trägerInnen, sich zu engagieren und ihre Potenziale zuvorderst für ein besseres menschliches Miteinander einzubringen. Manchmal heißt es auch ganz einfach, sich kennen lernen und helfen, wo Hilfe willkommen ist.

Flüchtlinge erhalten in Deutschland Unterstützung zur Sicherung ihres Existenzminimums, bisher allerdings zu wenig, urteilte am 18. Juli 2012 das Bundesverfassungsgericht. Ob dies auch bei gewissen Stammtischen ankommt, wo den Bedürftigen eher weniger gegönnt wird? Nun wurde höchst richterlich festgestellt,

dass die bisher enthaltenen Regelungen im Asylbewerberleistungsgesetz verfassungswidrig sind! Die Höhe der Geldleistungen sei bisher „evident unzureichend“, weil sie seit 1993 nicht verändert worden ist, obwohl das Preisniveau in Deutschland seitdem um mehr als 30 % gestiegen ist. Der Gesetzgeber wurde verpflichtet, unverzüglich eine Neuregelung zur Sicherung des menschenwürdigen Existenzminimums zu treffen. Flüchtlinge sollen eine Unterstützung erhalten, die in Anlehnung an die Regelungen der Sozialhilfe individuell neu zu berechnen ist. Am 21. August einigten sich die Länder auf bundesweit einheitliche erhöhte Regelsätze als Übergangslösung.

Leipzig will dem Urteil entsprechend handeln, auch wenn dies vorerst Mehrkosten für die Kommune bedeutet, da der Freistaat Sachsen seinen Anteil noch nicht bekannt gegeben hat. Vollständig angekommen sind die erhöhten Leistungen aber noch nicht bei den Flüchtlingen. Die Stadtverwaltung vermag es aufgrund schleppender Softwareaktualisierungen seit Wochen nicht, den Asylbewerberfamilien die ihnen zustehenden Geldleistungen vollständig zu berechnen und auszuzahlen. Dieses IT-Problem gibt es auch anderswo, doch wird unterschiedlich damit umgegangen. Anstatt für die begrenzte Zahl an Familien in unserer Stadt, die ihnen zustehende neue Unterstützungshöhe ab sofort von Hand zu berechnen, erhalten sie bisher nicht den vollen Satz. Dies wurde auf meine Anfrage zuletzt im Migrantenbeirat vom Sozialamt bekannt gegeben. Wir kritisierten dies und fordern schnellere Abhilfe und Nachzahlungen!

Das Geld ist das Eine – es lohnt sich aber auch ein Blick in die Urteilsbegründung: Diese liest sich wie ein Feuerwerk an Argumenten des Sozialstaates Deutschland, der es einst auch DDR-Flüchtlingen ermöglichte, neu anzufangen. So steht der Anspruch auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums als Menschenrecht deutschen und ausländischen Staatsangehörigen, die sich in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, gleichermaßen zu. Das Grundgesetz erlaubt es nicht, das Notwendige unter Hinweis auf das Existenzniveau des Her-

kunftslandes von Hilfebedürftigen oder auf das Existenzniveau in anderen Ländern, niedriger als nach den hiesigen Lebensverhältnissen geboten, zu bemessen. Desgleichen erlaubt es die Verfassung auch nicht, die Höhe der Existenzsicherung pauschal nach dem Aufenthaltsstatus zu differenzieren. Das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums umfasst sowohl die physische Existenz des Menschen als auch die Möglichkeit zu sichern, zwischenmenschliche Beziehungen zu pflegen, und ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben zu gewährleisten. Erwägungen, die Leistungen an AsylbewerberInnen sowie Flüchtlinge zudem niedrig zu halten, um Anreize für Wanderungsbewegungen zu vermeiden, können von vorneherein kein Absenken des Leistungsstandards unter das physische und soziokulturelle Existenzminimum rechtfertigen. Die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren.



Die Stadtverwaltung hat zugesagt, dass die höhere Unterstützung ausgezahlt wird, sobald die technischen Voraussetzungen dafür geschaffen sind, rückwirkend zum 18. Juli 2012. Die Existenz sichern kann man jedoch schlecht rückwirkend, deshalb bleibt es bei unserer oben beschriebenen Forderung.

►► Haushaltsplanentwurf 2010 zurück. Bereits damals hatte unsere Fraktion Bündnis vorgeschlagen, dass aus den aufgestockten Mitteln für die Förderung von Vereinen und Verbänden 12 T € für den Kunstverein artpa e. V. als Eigenmittel für eine 2/3-Finanzierung der Sanierung bzw. des Abrisses der Kunst- und Bauschlosserei in den Entwurf für den Haushalt 2010 eingestellt werden. Nun hat der Stadtrat beschlossen, die Mehrkosten bei der Errichtung des Erweiterungsbaus der Galerie zu übernehmen.

ÖPNV eine Herausforderung für LVB und Politik

von Ansgar Maria König

Vor einiger Zeit war ich dienstlich in Helsinki. Um mir in der kurzen Zeit, die ich hatte, einen Eindruck von der Stadt zu verschaffen, fuhr ich mit der Straßenbahn. Man kauft sich ein Touristenticket, steigt in die 3T und kann, wenn man möchte, stundenlang immer im Kreis durch Helsinki fahren. Was hat Helsinki mit Leipzig zu tun?



Helsinki hat wie Leipzig ein großes Straßenbahnnetz und, hier liegt das Besondere, die BürgerInnen Helsinkis sind mit ihrer Bahn in ganz Europa am zufriedentesten. Das erschließt sich nicht so einfach, denn die Bahnen wirken wie ein Relikt aus den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts. Moderne Anzeigen wie bei uns habe ich bspw. vermisst, und die Tarife sind mit 2 € pro Stunde auch nicht unmäßig günstig. Lese ich die LVZ, vergeht kaum ein Tag, an dem sich BürgerInnen nicht über die LVB beschwerten. Das Spektrum reicht dabei von defekten Automaten bis hin zu Lienenkürzungen. Manches ist wie der Skandal um die Pension des ehemaligen Geschäftsführers tatsächlich zu hinterfragen, anderes erscheint wie typisch deutsche Nörgelei.

Dabei hat die LVB in den letzten Jahren Enormes geleistet. Trotz sinkender Zuschüsse der Stadt, immerhin von 75 Mio. € auf bald 45 Mio. €, steht das Unternehmen im Vergleich gut da.

Wir haben eines der größten Straßenbahnnetze in Europa, hierum beneiden

uns viele. Dies ist vor allem den Bedingungen in der DDR geschuldet. Als der Diesel billig war, baute man in vielen Städten Europas die Straßenbahntrassen zurück. In der DDR fehlte das Geld, und man musste notgedrungen auf teilweise völlig marode Bahnen und Trassen setzen. Wie beim Denkmalschutz hat sich dies im Nachhinein als Vorteil erwiesen. In vergleichbaren

europäischen Städten versucht man jetzt, wieder stärker auf die Straßenbahn zu setzen, was sich aber als schwierig erweist. Weil man jahrelang auf Individualverkehr und damit den Pkw gesetzt hat, ist die Infrastruktur dementsprechend. Wenn Schienen erst einmal ausgebaut sind, ist der Zug im wahrsten Sinne des Wortes oft abgefahren.

Wie jedes Unternehmen muss aber auch die LVB ständig modernisieren und investieren, um den Bedingungen einer modernen Gesellschaft gewachsen zu sein. Zwar gibt es aufgrund der Betrauung durch die Stadt derzeit keine direkte Konkurrenz, trotzdem steigt der Druck ständig. Die BürgerInnen weichen z. B. eher auf den Pkw aus, wenn der Takt zu großzügig bemessen ist oder der Preis nicht stimmt. Das wiederum wirkt sich auf die Einnahmesituation aus, und eine Spirale kommt in Gang.

Wir haben nicht nur europaweit eines der modernsten Straßenbahnnetze, sondern auch zumindest deutschlandweit mit 19 Bussen die größte Hybridbusflotte. Die

Neues aus dem Stadtrat

Vergabebericht der Stadt Leipzig

Der aktuell dem Stadtrat vorliegende Vergabebericht – der erste seit dem Beschluss von 2010 – enthält keinerlei Aussagen dazu, wie ausbeuterische Kinderarbeit vermieden werden kann, und geht außerdem überhaupt nicht auf den Umweltschutz ein. Darüber hinaus wird auch das Fehlen dieser Aspekte nicht thematisiert. Die Verwaltung erklärte, dass dafür eine statistische Erhebung notwendig gewesen wäre, die aufgrund der Personalsituation im Amt zurzeit nicht durchführbar sei, und vertröstete uns auf den nächsten Vergabebericht.

Straßenzug Berggartenstraße, Möckernsche Straße, Kirschbergstraße bald Tempo-30-Zone

Bereits im Januar dieses Jahres reichten Interessierte eine Petition ein, die auf Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung im vorgenannten Straßenzug abzielte. ▶▶

wirtschaftlichen Herausforderungen sind mit den Modernisierungen eher noch gestiegen. Ein XXL-Straßenbahnzug muss entsprechend gewartet werden, aber die Wartung geht aufgrund der Länge in den alten Betriebsbahnhöfen nicht. Daher muss in Heiterblick ein neues technisches Zentrum gebaut werden. Dies ist eine unbedingt notwendige Investition, denn der Weiterbetrieb der jetzigen Werkstätten würde auch perspektivisch immer teurer werden. Genauso muss die Straßenbahnflotte erneuert werden, auch unsere Fraktion fordert das Auswechseln der alten Tatabahnen.

Ohne Förderung kann kein ÖPNV-Unternehmen in Fahrzeuge investieren. Hier lässt der Freistaat die Unternehmen im Stich. Es gibt derzeit keine Förderung, was sich verheerend auf die Investitionsmöglichkeiten auswirkt. Praktisch kann der Freistaat sich entschulden, und wir müssen weiter mit Tatabahnen leben. Diese müssen aber alle 15 Jahre grundlegend instand gesetzt werden, dies wird teurer als Neuanschaffungen.

Der Freistaat saniert sich wieder einmal auf Kosten der Kommunen. Trotz all dieser Schwierigkeiten haben wir in Leipzig ein modernes gut funktionierendes ÖPNV-Unternehmen, auf das wir als BürgerInnen und EigentümerInnen auch etwas stolz sein dürfen.

Haushalt 2013 in Zeiten des Wahlkampfes

von Wolfram Leuze



Früher waren Haushaltsberatungen – passend zur dunklen Jahreszeit – immer ein Stück Trauerarbeit. Frau Kudla hatte stets schwer verdauliche Kost zu präsentieren. Nun, mit dem Haushaltsplanentwurf von Bürgermeister Bonew, erfolgte ein Paradigmenwechsel. Die LVZ jubelte nach seiner Haushaltsrede im September: „Leipzigs Problem: Wie geben wir all das Geld aus?“

BM Bonew nahm in seiner Haushaltsrede Bezug auf Richard Wagner. War der Verweis auf Wagner eine versteckte Botschaft? „Richard Wagner konnte oder wollte, bei aller musikalischer Genialität, die ihm nachgesagt wird, in keiner Weise mit Geld umgehen. Er lebte auf Pump.“

Sollte die Verwaltung nicht mit Geld umgehen können? Besonders jetzt in OBM-Wahlkampfzeiten? Ich darf hier vorab aus der Haushaltsrede von Bürgermeister Bonew zitieren: „Weg von einer Politik der Ausgaben, hin zu einer Politik der Aufgaben.“ Im Schatten dieses Satzes halten wir das Handeln der Verwaltung sehr oft für einfach unverantwortlich.

Ein paar Beispiele:

- Das Konjunkturpaket II war die Gelegenheit, sich zum Retter der Kongresshalle aufzuschwingen. Aber war die Sanierung der Kongresshalle in Anbetracht der fehlenden Kita-Plätze, der maroden Schulen und Sporthallen wirklich notwendig und zu rechtfertigen?
- Eine weitere Baustelle: die Leipziger Verkehrsbetriebe. Die jährlichen Zahlungen der LVV aus dem Verkehrsleistungsfinanzierungsvertrag werden bei gleichbleibendem Angebot mit 45 Mio. € gedeckelt. Wenn man den Gerüchten glauben darf, plant aber die LVB sowohl für das Jahr 2013 als auch für die Folgejahre negative Jahresergebnisse. Dabei wird das Angebot der LVB – wie die steigenden Fahrgastzah-

len beweisen – angenommen, nur die öffentliche Hand muss erkennen, dass die Vorhaltung eines leistungsfähigen ÖPNV auch etwas kostet.

- Und schließlich die Kultur: Das musikalische und kulturelle Angebot Leipzigs ist ein Stück meines Lebensinhaltes in Leipzig geworden. Und deshalb ist es mir wichtig, Probleme, die sich auch aus finanziellen Gründen für die Leipziger Kultur ergeben, einer Lösung zuzuführen – einer Lösung, die möglichst keinen Schaden bei den betroffenen Kulturinstitutionen hervorruft, zumindest aber den Schaden minimiert. Einen nachhaltigen finanziellen Stabilisierungseffekt kann man m. E. letztendlich nur durch Strukturveränderungen erreichen. OBM Jung wird hier in keiner Weise seiner Verantwortung gerecht und glänzt immer wieder mit wohlfeilen, voreiligen Zusagen an die Eigenbetriebe Kultur, bei Vernachlässigung des Kulturangebotes der Freien Szene.

Es ist trotzdem zu begrüßen, dass der Ergebnishaushalt im Planentwurf 2013 ausgeglichen ist. Wir sind uns aber sicher darüber einig, dass die vorgesehenen Ansätze für die Steuereinnahmen mit – derzeit sicher vertretbaren – Risiken ver-

sehen sind. Aber: die guten Zeiten halten wahrscheinlich nicht mehr lange an.

Dies zeigen alle Indikatoren an, und das sagen auch die Wirtschaftsweisen und Institute voraus. Die Nachfrage aus dem europäischen Ausland bricht weiter ein, erste Großbetriebe stoppen die Bänder und verlängern die Ferien. Wenn also die Steuereinnahmen ab dem Jahre 2014/15 – wie von der letzten Steuerschätzung wohl prognostiziert – dramatisch zurückgehen, die Zahlungen aus dem Soli Ost langsam bis 2018 abschmelzen und die Landesregierung des Freistaates weiter so originelle Einfälle wie die Anpassung des Gleichmäßigkeitsgrundsatzes aufgrund der demografischen Entwicklung im ländlichen Raum hat, dürften die Haushaltsberatungen wieder dramatischer werden.

Zumal wird bei knapperen finanziellen Ressourcen des Bundes und des Freistaates das Konnexitätsprinzip für die von Bund und Land den Kommunen übertragenen Aufgaben wieder sehr schnell vergessen werden. Bei all dem haben wir die Risiken noch nicht im Auge, welche sich aus möglichen Schadenersatzansprüchen aus dem Verkauf herrenloser Grundstücke und den kriminellen Handlungen der ehemaligen Geschäftsführer der KWL, Heiningner und Dr. Schirmer, ergeben können.

►► Für ihr Anliegen sammelten sie 930 Unterschriften. Sie begründeten ihren Antrag mit dem erheblich stärkeren Verkehrsaufkommen, der damit verbundenen Lärmbelastigung und der Belastung mit Abgasen und Feinstaub. Dennoch gab die Verwaltung dem Anliegen nicht statt. Mit einem Änderungsantrag haben wir das Anliegen rechtlich auf sichere Füße gestellt. Letztlich hat der Petitionsausschuss erstmalig in der Geschichte den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Petition einstimmig übernommen, und der Stadtrat ist dieser Empfehlung mit großer Mehrheit gefolgt! Das heißt: Der Verlauf der Berggartenstraße, der Möckernschen Straße und der Kirschbergstraße wird von der gegenwärtigen Hauptstraßenfunktion herabgestuft und nachfolgend eine streckenbezogene Tempo-30-Regelung eingerichtet. Alle Kreuzungen sind mit der Vorfahrtsregelung „Rechts vor links“ zu versehen.

Wir freuen uns über unseren Erfolg und den der Bürgerschaft. Hier hat es sich wieder einmal gezeigt, dass es sich lohnt, aktiv zu werden und bürgerschaftliches Engagement nicht umsonst ist!

Gefahr in Verzug in Kitas

Weil akute Gefahr besteht, dass wegen Baumängeln in Kindertageseinrichtungen Betriebserlaubnisse entzogen werden, hat der Stadtrat nun eine eilige Vorlage zur Umsetzung von Baumaßnahmen beschlossen. Durch eine Schließung der Einrichtungen würden insgesamt 676 Kindergartenplätze, 275 Kinderkrippenplätze und 299 Betreuungsplätze im Hortbereich fehlen.

Die Kosten belaufen sich auf eine Gesamtsumme von 1.722.047 €. Vom Bund werden Fördermittel in Höhe von 377.181 € erwartet, das Land stellt zusätzliche Fördermittel in Höhe von 459.066 € zur Verfügung.

Vom Leipziger Babyboom und der verzweifelten Suche nach einem Kita-Platz

von Michael Schmidt

In Leipzig, so wurde uns jüngst in einer Anfrage im Stadtrat offenbart, können derzeit 700 Bedarfsanmeldungen nach einem Kinderbetreuungsplatz bis März 2013 nicht mit einem Platz untersetzt werden. Eltern, die nach ihrer Baby-pause zurück in den Beruf wollen, junge Mütter, die eine Ausbildung oder ein Studium beginnen oder weiterführen wollen, Familien, die aufgrund einer Arbeitsstelle nach Leipzig ziehen wollen, Alleinerziehende, welche sich aus der Hartz-IV-Klammer befreien wollen – all diese stehen derzeit vor riesigen Problemen, weil sie für ihre Kleinsten keinen Betreuungsplatz finden.



Nicht einmal die Hälfte der für 2012 geplanten Platzzuwächse konnten tatsächlich realisiert werden. Für kommendes Jahr sind wieder große Anstrengungen geplant, ob diese letztlich umgesetzt werden können und zu einer Entspannung der Situation für Leipziger Familien beitragen werden, hängt von vielen Faktoren ab und steht noch in den Sternen. Wir werden diesen Prozess in den Gremien intensiv und kritisch begleiten und unterstützen.

Die Einführung macht deutlich, dass ein Großteil der Leipziger Familien von einem Wunsch- und Wahlrecht bezüglich der Örtlichkeit und des pädagogischen Profils der Kinderbetreuung weit entfernt sind. Stattdessen sehen sich diese Eltern einer Situation gegenüber, die sie zwingt, immer und immer wieder verschiedenste Einrichtungen und Träger zu kontaktieren und nach einem Kita-Platz zu fragen, um vielleicht aus dem Fünkchen Hoffnung doch noch eine Flamme entstehen zu lassen. Zu Recht kritisieren viele Eltern, dass dies mittlerweile zu einer Vollzeitbeschäftigung geworden ist.

Schuld an dieser Situation ist nicht nur das Problem der fehlenden Plätze, sondern auch die Vergabepaxis selbst. Sie war bislang ein hohes Gut, weil die Freien Träger, welche etwa drei Viertel aller Kindertageseinrichtungen in Leipzig betreiben und so zu einer bunten Vielfalt an pädagogischen Konzepten im Bereich der Kinderbetreuung beitragen, dadurch die Hoheit über die Vergabe ihrer Plätze haben. Dennoch scheint es angebracht, diese Praxis zu hinterfragen und eine bessere Alternative zu suchen, eine Alternative, welche nicht nur die Eltern massiv entlastet, sondern ebenso Parallelstrukturen ausdünn und zu einer Vereinfachung und zugleich transparenteren Platzvergabe führt.

Nach zahlreichen Diskussionen mit vielen Eltern und einem in diesem Prozess entwickelten Forderungskatalog haben wir nunmehr einen komplexen Antrag zur Neuordnung der Vergabepaxis von Kita-Plätzen in den Stadtrat eingebracht. Dieser sieht neben einem klaren Bekenntnis zum weiteren Ausbau der Kapazitäten vor, dass zukünftig voraussichtliche Kinderbetreuungsbedarfe bereits bei Geburt bzw. Anmeldung des Kindes beim Standes- oder Jugendamt erfasst werden. Diese Abfrage soll dann mit einer direkten Bedarfsanmeldung, welche spätestens sechs Monate vor Betreuungsbeginn beim Jugendamt erfolgen muss, konkretisiert



werden. Hierbei soll das Wunsch- und Wahlrecht hinsichtlich Ort und Profil der Einrichtung ebenso wie die persönliche Situation der Familie abgefragt werden. Diese eingehenden Bedarfsanmeldungen werden somit nach unserer Vorstellung zukünftig zentral vom Amt für Jugend, Familie und Bildung gesteuert und ver-

waltet. Der eigentliche Verwaltungsprozess der Platzvergabe muss dann in erster Linie im Zusammenwirken von Amt und Träger vorbereitet und schließlich den Eltern mittels eines konkreten Platzangebotes untersetzt und transparent gemacht werden.

Aus Sicht meiner Fraktion kann durch dieses Modell erreicht werden, dass ein paralleles und in der Erfahrung der Eltern chaotisches Anmelde- und Vergabeverfahren deutlich konzentriert wird, Eltern und Freie Träger entlastet und ein Weg hin zu einem tatsächlichen Wunsch- und Wahlrecht erreicht werden kann.

Neues aus dem Stadtrat



Keine VIP-Parkplätze für das Fünf-Sterne-Hotel im Handelshof

Der Verwaltungsvorstoß, im Eingangsbereich des Steigenberger Grandhotels im Handelshof Leipzig zwei Pkw-Stellflächen für VIP-Gäste einzurichten, ist gescheitert. Für eine Entwidmung müssen überwiegende Gründe öffentlichen Wohls stehen, diese liegen für die angepeilte Straßenentwidmung nicht vor. Zudem stehen mit der Eröffnung der Höfe am Brühl neben den Parkplätzen auf dem Areal von Deutchs Hof/Reichsstraße und den Parkplätzen des Motel One weitere 820 Parkplätze auch den Gästen des Steigenberger Hotels in unmittelbarer Nachbarschaft zur Verfügung. Es soll kein Präzedenzfall geschaffen werden.

Investitionsprogramm für den Schulhausbau 2013–2016

Die Stadt Leipzig will mit Investitionen von 165 Mio. € den Schulausbau bis 2016 vorantreiben. Die Prioritätenliste ist ein Kompromiss zwischen den Dezernaten Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule, Finanzen sowie Stadtentwicklung und Bau. Wir begrüßen ausdrücklich das Vorhaben der Stadt. Der Investitionsstau der letzten Jahre hat großen Schaden bei den Schulen angerichtet.

Für folgende Schulen wurde eine Sanierung beschlossen: Gymnasium Gorkistraße, Schulgebäude Gorkistraße 15/25, Sprachheilschule „Käthe-Kollwitz-Schule“, Schulgebäude Karl-Vogel-Straße 17–19, außerdem eine innere Sanierung der Albert-Schweitzer-Schule und der Immanuel-Kant-Schule sowie eine energetische Sanierung der Marienbrunner Schule.

Nachhaltigkeit – Leitfaden praktischer Politik oder Verflokelung eines Begriffs?

von Roland Quester

„Leipzig wächst nachhaltig“, verspricht eine aktuelle Broschüre der Stadt. Und die sächsische CDU will, so der Leitartikel auf ihrem jüngsten Parteitag, „Nachhaltig wirtschaften – Sachsen in eine gute Zukunft führen“. Wenn jetzt schon die CDU, ohne irgendetwas anders zu machen als bisher, nachhaltig wirtschaftet und sogar das Wachstum nachhaltig ist, brauchen wir uns ja gar keine Sorgen mehr machen – oder: nun erst recht?

Schon früher benutzte man den Begriff „nachhaltig“, und zwar im Sinne von „es hält nach“, es ist von einer gewissen Dauer – ob nun der Ruf nachhaltig ramponiert war oder sich ein Markt nachhaltig belebte. Heute hat die Nachhaltigkeit einen politischen Kontext, es ist ein inhaltliches Konzept: Beginnend mit dem ersten Bericht des Club of Rome über „Die Grenzen des Wachstums“ (1972) wurde mit dem 1987 vorgelegten Abschlussbericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung das Erreichen einer „nachhaltigen Entwicklung“ als zentrales Ziel der Bestrebungen der Staatengemeinschaften empfohlen. Danach sollen die Bedürfnisse der Gegenwart auf eine Art und Weise befriedigt werden, dass auch zukünftige Generationen ihre Bedürfnisse befriedigen können. Wirtschaftliche und soziale Entwicklungen müssen dafür so gestaltet werden, dass wir uns dauerhaft in den Grenzen der Ressourcen und der Regenerierbarkeit der Ökosysteme unseres Planeten bewegen und sie allen Menschen gleiche Chancen auf Teilhabe und Bedürfnisbefriedigung ermöglichen.

Auch Leipzig bemüht sich nun seit vielen Jahren mit unterschiedlichen Beschlüssen und Maßnahmen um das Thema Nachhaltigkeit – aktuell auch mit dem vom Bund geförderten Beteiligungsprojekt »Leipzig weiter denken – auf dem Weg zur nachhaltigen Stadt«, in dem z. B. Themen der Stadtfinanzen, der Mobilität oder der energetischen Gebäudesanierung mit der Stadtgesellschaft diskutiert werden.

Gleichzeitig hat sich die Stadt für den deutschen Nachhaltigkeitspreis beworben und ist in zwei Kategorien unter die besten drei nominiert worden, was ein mehr

als respektables Ergebnis darstellt. Schaut man etwas genauer in die Karten der Bewerbung, finden sich aber neben zu Recht aufgeführten erfolgreichen Bestrebungen – z. B. zur Entwicklung benachteiligter Stadtteile – auch Angaben wie, um nur ein Beispiel herauszugreifen, die zu einer „nachhaltigen Verbindung der natürlichen Gewässer mit den Tagebauseen“. Und schon ist man mitten drin im Etikettenhandel: pro Tag hunderte und z.T. motorgetriebene Boote auf dem kleinen Floßgraben mitten durch die geschützten Habitate des Auwaldes – eine solche Verbindung von Gewässer und Tagebau wäre nur nachhaltig im Sinne von dauerhaft, im Sinne von Nachhaltigkeit aber das Gegenteil.

Noch schwieriger ist oben genannte Broschüre „Leipzig wächst nachhaltig“, in der die Prioritäten einer „zukunftsfähigen Stadtentwicklung“ geschärft und mit der Bürgerschaft diskutiert werden sollen. Wie bitte gehen Wachstum und Nachhaltigkeit zusammen, wo doch unsere Art von Wachstum erst die Notwendigkeit der Thematisierung von Nachhaltigkeit hervorgeufen hat? Oder geht es gar um dauerhaftes Wachstum, also das blanke Gegenteil von Nachhaltigkeit? Man weiß es auch nach der Lektüre nicht so genau. Es ist wohl vor allem so: Man benutzt das Nachhaltigkeitswort, weil es so schön nachhaltig das Gefühl erzeugt, irgendwie das Richtige zu tun, auch wenn man nur tradierte Denkmuster fortschreibt; und hält den Slogan sogar für eine „klar formulierte Vorgabe“, auch wenn in den strategischen Zielen der Leipziger Kommunalpolitik ebenso wie im integrierten Stadtentwicklungskonzept die nachhaltige Entwicklung als Oberziel bisher gar nicht vorkommt und Kriterien und zu erreichende Meilensteine entsprechend undefiniert sind. Ohne dies ist „nachhaltig“ aber nichts als ein wohlfeiles Mäntelchen, das allem und jedem umgehängt werden kann oder, wie der Journalist Fred Grimm einmal schrieb: „Was alle sagen, meint eigentlich keiner.“

Leipzig muss hier vor allem eins: weiter denken und Nachhaltigkeit im tatsächlichen Sinn als oberstes Leitziel städtischer Entwicklung festschreiben und untersetzen.

Startschuss zur Sanierung des Lindenauer Hafens

Die von uns sehr kritisch gesehene Erschließung der städtischen Grundstücke im Sanierungsgebiet „Zentraler Bereich Lindenauer Hafen“ wird realisiert. Die Kosten hierfür betragen 4.063.200 € brutto. Der kommunale Eigenanteil beträgt 1.710.800 €. Durch Verkaufserlöse aus kommunalen Grundstücken sowie durch Erschließungsbeiträge sollen 1.746.000 € eingenommen werden.

Gründung der Wirtschaftsförderung Region Leipzig GmbH (WRL)

Die Stadt Leipzig beteiligt sich an dieser Gesellschaft mit einem Anteil von 51 % und leistet eine Einlage von 76.500 €. Der städtische Zuschuss beträgt für das Jahr 2012 74.051 €, für die Jahre 2013 ff. allerdings stattliche 867.000 €. Vor diesem Hintergrund und aufgrund des Umstands, dass der Erfolg der Wirtschaftsförderergesellschaft von vielen, nichtkalkulierbaren weiteren Faktoren abhängt, halten wir einen geschärften Blick auf die Gesellschaft dringend für notwendig. Außerdem haben wir beantragt, dass die Verwaltung einen jährlichen Bericht zur Arbeit der Wirtschaftsförderergesellschaft vorzulegen hat und drei Jahre nach Gründung der Gesellschaft ihre bisherige Tätigkeit in Bezug auf ihre Zielsetzung evaluiert werden soll.



WorldSkills kommen 2013 nach Leipzig!

Nachdem im Schatten der diesjährigen Olympischen Spiele 2011

die WorldSkills in London stattfanden, wird 2013 Leipzig Austragungsort der 42. WorldSkills sein – der größten Veranstaltung für berufliche Bildung weltweit. Alle zwei Jahre treten Auszubildende, Studierende und junge Fachkräfte aus allen Teilen der Welt in Begleitung ihrer AusbilderInnen und LehrerInnen zu einem öffentlichen, internationalen Wettbewerb an.

Mit der Austragung der WorldSkills 2013 sind für die Stadt Leipzig sowohl große Herausforderungen als auch Chancen verbunden. Leipzig bekommt die Gelegenheit, sich Gästen aus aller Welt als attraktiver Wirtschafts- und Ausbildungsstandort, moderne und lebenswerte Stadt, Kulturstadt sowie Stadt der kurzen Wege zu präsentieren.

Jung – null Plan und wohnungslos

von Cordula Rosch

Mit diesem Thema gestaltete ich mit der AG Recht auf Wohnen in diesem Jahr im November ein Friedensgebet in der Nikolaikirche.

Der Anteil junger Wohnungslose ist in der Tendenz bedrückend steigend. Was ist los, wenn junge Menschen am Beginn ihrer Eigenständigkeit nichts aktiv in die Hand nehmen können oder wollen? Es sind die persönlichen Geschichten, die uns Anzeichen eines Problems gesellschaftlicher Dimension geben.



Während der Vorbereitung des Friedensgebets wurden wir mit einem „Fall“, einem Klienten bekannt. Wir hörten vom klassischen Abwärtsverlauf eines jungen Lebens, mit allen Gründen gespickt, die eine Zukunft verbauen können: Alkohol im Elternhaus, eigene Straffälligkeit, ohne Schulabschluss, Schulden, wiederholte Straffälligkeit, und jetzt – mit 26 Lebensjahren – wächst der Wunsch nach den eigenen vier Wänden, einer Berufsausbildung und Sonstigem, was uns, den Integrierten, selbstverständlich ist. Dafür will er einen harten, neuen Weg begehen – wider alle alten Muster. Es ist unverzichtbar, dass ihn dabei jemand, in diesem Fall die Johanniter, begleitet.

Diese Geschichte wiederholt sich so oder ähnlich in anderen jungen Lebensgeschichten. Weitere Angefragte konnten und wollten über sich nichts erzählen – sie vertrauten unserem Interesse schlicht nicht. Als knappe Auskunft zur Frage der eigenen Pläne, antworteten sie: „Null Plan“. Eine mögliche Übersetzung lautet: Überforderung, Überfrachtung, Abgrenzung gegenüber den Konventionen und

mangelndes Zutrauen in die eigenen Gestaltungsmöglichkeiten, häufig begründet in einer belasteten Familiensituation. Das Friedensgebet lud ein, das zu hören, zu akzeptieren, mitzudenken und vielleicht sogar die eigene Haltung zu hinterfragen.

Gemäß dem Sozialgesetzbuch sind die Städte und Gemeinden verpflichtet, Wohnungslosigkeit zu beseitigen und bei Bedarf anständige Notunterkünfte zur Verfügung zu stellen. Leipzig hat gemeinsam mit den Sozialverbänden und Freien Trägern ein sehr gutes Netz aus sozialen Betreuungs- und Hilfeangeboten vorzuweisen. Droht Wohnungs- oder Obdachlosigkeit oder ist sie bereits eingetreten, werden sie wirksam.

Einen erheblichen Anteil daran hat auch die AG Recht auf Wohnen. Die AG verbindet seit ihrer Gründung vor 17 Jahren, damals noch als Aktionsbündnis, das Bemühen, ein Betreuungsnetz und ausreichend geeigneten Wohnraum für Wohnungslose in Leipzig sicherzustellen. Aktiv dabei sind seitdem die Freien Träger der Wohnungslosenhilfe, die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken sowie die zuständigen Abteilungen der Stadtverwaltung.

Zu den ersten selbstgestellten Aufgaben zählte es 1995, die neugegründete Verwaltungsstruktur, das damalige Amt für Wohnungswesen, bei der Verhinderung von sozialen Brennpunkten in Leipzig zu begleiten. Was für uns heute inzwischen ein vertrautes Thema ist, nämlich dass Menschen ihren Wohnsitz verlieren können, war 1995 ein Problem, das erst den Weg in die Öffentlichkeit wieder finden musste. Durch die Immobilienverkäufe und Rückübertragungen, die Privatisierung des kommunalen Wohnungsbestandes war der Wohnungsmarkt im Umbruch.

Jahr | Räumungsklagen | Räumungstermine

1994	290	189
2010	1.178	810

2010 wurden täglich durchschnittlich 252 obdachlose Personen notuntergebracht. Die Mehrzahl, im Durchschnitt täglich 186 Personen, wohnte in Gewährleistungswohnungen, die die Stadt finanziert. Dies betraf auch 73 Kinder und Jugendliche, die gemeinsam mit ihren Eltern notuntergebracht wurden. (Quelle: Stadt Leipzig, Sozialreport 2011) Bei der Reintegration von ehemals Wohnungslosen steht die Stadt Leipzig in ihrer Fürsorgepflicht

u.a. aufgrund des positiven Einwohner-trends und der Mietkostenentwicklungen immer noch vor finanziellen und generellen Schwierigkeiten.

Wir Grünen achten insbesondere darauf, dass es trotz der Schwierigkeiten nicht zur Segregation von speziellen sozialen Gruppen an den Rand oder in eigene Stadtviertel kommt. Wohnungslose leben freiwillig oder unfreiwillig in ihrer Situation – sie bringen sich dadurch in unserer Leistungsgesellschaft in extreme Gefahr. Wir sollten bedenken: Jedes allgemeine Desinteresse gegenüber Wohnungslosen, aber auch alle unsere moralischen und finanziellen Abgrenzungen, gefährden jeden Tag Menschen.

Wir müssen uns deswegen ehrlich befragen: Welche Katalysatoren begünstigen diese Vervielfachung von Null-Plan-Schicksalen eigentlich, und welchen Anteil haben wir daran? Es gibt vielleicht viele vorschnelle und vermeintlich einfache Antworten, aber vor denen müssen wir uns unbedingt hüten. Und ich gestaltete das Friedensgebet mit, um der Gefahr der menschlichen Ausgrenzung von Wohnungslosen und gefährlichen Desinteresses entgegenzutreten.

Neues aus dem Stadtrat

Stadtrat beschließt die kommunale Beteiligung am Lutherweg Sachsen

20.230 € werden für diese Marketingmaßnahme aufgebracht. Projektträger des Lutherweges in Sachsen ist der Tourismusverband Sächsisches Burgen- und Heideland e.V.. Die Stadt Leipzig legt die Wegeführung in der Stadt nun selbst fest und nimmt eine entsprechende Beschilderung vor.

Die Verwaltung: „Bei Nichtbeteiligung der Stadt Leipzig am Sächsischen Lutherweg wäre diese eines wichtigen Vermarktungsbausteins auf dem Weg zum zentralen kulturellen und touristischen Großereignis der Region für die kommenden Jahre beraubt worden. Vor dem Hintergrund der laufenden Bemühungen um die Positionierung der Stadt im Rahmen der Vorbereitung dieses Jubiläums bis hin zur Einbeziehung beim Deutschen Evangelischen Kirchentag 2017 wäre eine Ablehnung deutlich kontraproduktiv.“ ▶▶

BürgerInnen machen kommunale Außenpolitik

von Heike König

Leipzig hat Städtepartnerschaften. Wie viele das sind? Die meisten wissen es nicht auf Anhieb und sind erstaunt über die Fülle: zwölf Städtepartnerschaften weltweit auf (fast) allen Kontinenten, dazu zwei im Inland und zwei Stadtteilpartnerschaften, das ist die stolze Bilanz.

Die älteste mit 51 Jahren ist die mit Kiew in der Ukraine, die jüngste kam 2011 auf die Welt und verbindet Leipzig mit Herzliya in Israel. Jubiläen feiern 2012 Brunn (40), 2013 dann Bologna (50) und Travnik in Bosnien-Herzegowina (10).

Die älteren unter ihnen gehen auf Partnerschaften internationaler Messestädte aus DDR-Zeiten zurück und wurden teilweise nach 1990 aus ihrem Dornröschenschlaf geholt, weil sich Menschen engagierten und Vereine gründeten, die sich nach der Öffnung Europas brachliegender Beziehungen annahmen und sie wieder mit Leben erfüllten. Ich selbst habe 1997 mit Freunden und KollegInnen einen neuen Städtepartnerschaftsverein gegründet mit dem Ziel, eine offizielle Partnerschaft mit der bosnischen Stadt Travnik zu erreichen. Der Weg führte über ein ganz aktives bürgerschaftliches Engagement, das über Jahre wuchs und die Stadtväter und -mütter Leipzigs mit seiner Lebendigkeit überzeugte. Seitdem ist das die wichtigste meiner ehrenamtlichen Aufgaben.

Inzwischen sind die 16 Städte- und Stadtteilpartnerschaften Leipzigs eine ganz feste Größe im internationalen Leben der Stadt Leipzig. Bemerkenswert ist dabei, dass die Lebensadern der Städtepartnerschaften die BürgerInnen in den Leipzi-

ger Vereinen sind – und natürlich ihre Pendanten in den jeweiligen Partnerstädten. Sie leisten die Hauptarbeit in der Pflege von Kontakten, in der Projektarbeit, organisieren Bürgerreisen, Jubiläen, Wirtschafts- und Kulturkontakte, Austausch u.v.m.

Diese verantwortungsvolle Aufgabe geschieht meist im Hintergrund. Dennoch ist es auch hier wie in vielen anderen Bereichen: Die Vereine übernehmen freiwillige Aufgaben der Stadt Leipzig, die aus der Stadtverwaltung heraus so nicht leistbar ist. Die Vereine tun das gern. Und man kann ganz klar sagen, dass die Zusammenarbeit mit der Stadt und den MitarbeiterInnen des Referates für Internationale Zusammenarbeit eine wirklich gute und vertrauensvolle ist. Man kann also mit Fug und Recht davon sprechen, dass unsere internationalen Vereine in Leipzig „kommunale Außenpolitik“ machen.

Doch womit tun sie das, außer mit ihrem Herzblut? Woher kommt das Geld für diese Arbeit? Aus den Mitgliedsbeiträgen, aus Spenden? Realisten wissen, dass man damit nicht weit kommt, vor allem, wenn man der nötigen Kontinuität in der Erfüllung dieser Aufgabe mit einem möglichst oft besetzten Büro in Leipzig und der Partnerstadt Rechnung tragen will und muss. Die Stadt hat einen kleinen Fördertopf aufgelegt, der allerdings den wachsenden Aufgaben keineswegs mehr gerecht wird,



zumal auch der zweite Arbeitsmarkt, auf den viele Vereine in Leipzig und anderswo bauen mussten, bedrohlich schrumpft. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mahnt diesen Zustand in der laufenden Haushaltsdiskussion an und hat eine Mittelaufstockung beantragt, die die Vereine finanziell in der laufenden Projektarbeit und bei besonderen Anlässen wenigstens etwas entlastet.

www.leipzig.de/de/business/wistandort/international/partnerst/
www.leipzig-travnik.org

►► Stadtpflanzer

Neben den Gemeinschaftsgärten, wie sie etwa in Grünau, Reudnitz und Plagwitz bereits umgesetzt wurden, gibt es eine neue Initiative zur Begrünung des öffentlichen Raums. Die Stadtpflanzerinitiative verhandelt mit der Verwaltung darüber, ob und wie sie – und mit ihnen viele weitere – z. B. mittels Pflanzkübeln oder Hochbeeten den öffentlichen Verkehrsraum begrünen können. Wir wollten von der Verwaltung wissen, ob sie in diesem Fall auf die sonst üblichen Gebühren für Sondernutzungen des öffentlichen Raums verzichten wird.

Die Verwaltung antwortet, dass sie die Aufwertung des öffentlichen Raumes durch Begrünung begrüße, solange alle funktionalen, sicherheitsrelevanten und rechtlichen Anforderungen erfüllt werden. „Die Aufstellung von Pflanzkübeln und das Errichten von Hochbeeten im öffentlichen Verkehrsraum ... ist als Sondernutzung zu bewerten ... Es bedarf einer ämterübergreifenden Prüfung und Abstimmung, inwieweit das Aufstellen von Pflanzkübeln und das Einrichten von Hochbeeten überhaupt zulässig und damit genehmigungsfähig“ sei.

„LEIPZIG ZIEHT BILANZ“

Nicht nur für an kommunalen Finanzen Interessierte sehr zu empfehlen: Die Broschüre der Leipziger Stadtkämmerei „Leipzig zieht Bilanz“ – eine Erläuterung zu der bevorstehenden Eröffnungsbilanz im Rahmen der Umstellung des Rechnungswesens der Stadt auf Doppik. Informativ, gut aufbereitet und gestalterisch anspruchsvoll (natürlich mit dem unumgänglichen Konterfei unseres Kämmers versehen) kann man sowohl über Hintergründe, die Verfahren und auch Grundsätzliches zur Doppik informieren. Kern der Broschüre ist allerdings die Erfassung und Bewer-

tung des Vermögens der Stadt Leipzig, gegliedert in Sachanlagevermögen und Grundstücke. Sie schließt in der Bilanz mit einem imposanten Vermögen von 4,2 Mrd. €.

Auch Kuriositäten bleiben nicht unerwähnt. So wurde eine Seifenblasmaschine der Gustav-Hertz-Schule mit 38.500 € erfasst oder eine Urne mit Leichenbrandresten im Naturkundemuseum mit 1 T €.

Und noch ein Zitat: „Tiere im Eigentum der Stadt wurden nicht erfasst, da ihr Schlachtwert unter 1.000 € liegt. Tiere bis zur Geschlechtsreife müssten zudem als Anlage im Bau erfasst werden.“

Download unter www.Leipzig.de



Lernmittel- freiheit endlich umgesetzt

von Katja Rahnefeld

Die finanziellen Mittel für die Bereitstellung der Lernmittel für das Schuljahr 2012/2013 sind gemäß Urteil des OVG Bautzen vom 17. April 2012 als Pflichtleistung bereitzustellen.

Das OVG Bautzen hat rechtskräftig entschieden, dass die Kommunen als Schulträger in Auslegung des § 38 Sächs. SchulG, „Schulgeld und Lernmittelfreiheit“, verpflichtet sind, über die Kopierkosten hinaus auch den Schulbüchern gleichgestellte Druckwerke wie Arbeitshefte, Atlanten, Tafelwerke etc. den SchülerInnen kostenlos zur Nutzung zu überlassen.



Bei der diesjährigen Bestellung der Arbeitshefte durch die Eltern und Schulen gab es große Verunsicherungen, da das Urteil erst kurz vor dem Schuljahresbeginn gefällt wurde, viele auch an der Umsetzung des Urteils vonseiten der Stadt Leipzig zweifelten und zudem noch die Klagemöglichkeit der Kommunen bestand. Die Schulen gaben z.T. falsche Informationen heraus. Einige Eltern kauften die Arbeitshefte, damit die Kinder sie dann auch zum Schulstart haben oder weil sich in den Kaufexemplaren CD-ROMs befinden sollten, was dann am Ende bei den ErstklässlerInnen z.B. gar nicht der Fall war. Die Belege konnten dann zwar zur Erstattung eingereicht werden, aber wer weiß, wann das Geld wieder bei den Eltern ankommt!

Für dieses Schuljahr werden nun aber den SchülerInnen tatsächlich die Arbeitshefte kostenlos zur Nutzung im Schuljahr überlassen und können von ihnen ohne Einschränkungen genutzt werden. Am Ende eines Schuljahres sollen die Hefte – wie Leihexemplare eben – wieder zurückgegeben werden, was ich allerdings noch nicht so sehe, was sollen sie auch damit, sie sind als Verbrauchsmittel verbraucht! Es besteht natürlich weiterhin die Möglichkeit, die Hefte zu kaufen und nach Schuljahresende zu behalten.

Die Kosten dafür hat die Stadt zu tragen. Wie soll nun aber der notwendige Finanzbedarf für die Stadt berechnet werden? Über die Wahl der Lernmittel entscheidet die jeweilige Schulkonferenz, d. h., es erfolgt kein einheitlicher Einsatz von Lernmitteln, was die Berechnung erheblich erschwert. Nachdem der Sächsische Städte- und Gemeindetag von einer Schülerpauschale von 50 € ausgeht, liegt der von der Stadt ermittelte Wert pro Schüler bei nur 40 €. Für das Schuljahr 2012/2013 wird von einer – vermutlich zu gering angesetzten – Schülerzahl von 34.500 ausgegangen, sodass wir bei einem Gesamtfinanzbedarf von 1.380 T € liegen. (Der Nachtrag wird kommen!) Das Amt für Jugend, Familie und Bildung kann diese Mehrausgabe nicht aus seinem Budget erbringen. Die Mittel für diese überplanmäßige Ausgabe werden zunächst vom Dezernat Finanzen bereitgestellt. Wir erwarten vom Land eine Lernmittelergänzungspauschale!

Die Arbeitshefte müssen zwar zurückgegeben werden, da aber in Arbeitsheften, wie es der Name schon sagt, gearbeitet wird, ist eine Mehrfachnutzung nicht möglich, sodass entsprechende Finanzbedarfe jährlich zur Verfügung zu stellen sind. Der OBM ist beauftragt, den organisatorischen Prozess für die Schuljahre 2013/2014 ff. zu steuern. Ein genereller Wegfall der Arbeitshefte könnte eine Konsequenz dieser Grundsatzentscheidung sein, was ich für sehr bedenklich und bedauerlich hielte, denn die Arbeitshefte erleichtern das Lernen und sind – zumindest nehme ich das so wahr – Hauptarbeitsmittel der SchülerInnen. Dann sollte man wohl doch lieber selber zahlen, wenn einem Bildung wichtig ist!

Dies ist zwar ein weiterer Schritt in Richtung Bildung unabhängig vom Einkommen der Eltern, in Richtung finanzielle Entlastung der Eltern, aber leider wieder einmal zu Lasten der Kommunen, nicht des Landes!

Rahmenvertrag zur mittelfristigen Absicherung des internationalen Festivals euro-scene Leipzig und Jazzclub Leipzig e.V.

Mit Unterstützung der Stadt Leipzig war es der Festivalleitung 2004 gelungen, BMW als Hauptsponsor für die Jahre 2005 bis 2012 zu gewinnen. Das Sponsoring von BMW in Höhe von 200 T € trug entscheidend dazu bei, den Fortbestand des Festivals zu sichern. Mit dem Jahr 2012 endet das Sponsoring von BMW. Da sich die Veranstaltung aber zu einem führenden Festival für modernes Theater entwickelt hat, ist sie unbedingt zu unterstützen. Die jährliche institutionelle Förderung beträgt 275 T €.

Der Jazzclub Leipzig e.V., 1973 gegründet, ist Veranstalter der Festivals Leipziger Jazztage und MusikZeit sowie der Jazzkonzerte im Liveclub Telegraph. Gemeinsam mit dem Kulturamt der Stadt Leipzig organisiert er die Vergabe des Leipziger Jazznachwuchspreises der Marion Ermer Stiftung. Der Stadtrat hat daher entschieden, den Rahmenvertrag über zwei weitere Jahre vom 1. Januar 2013 bis zum 31. Dezember 2014 zu verlängern. Bei positiver Evaluation kann der Rahmenvertrag um zwei weitere Jahre bis zum 31. Dezember 2016 verlängert werden. Die jährliche Förderung wurde auf 130 T € festgelegt.

Grüne unterstützen die Kampagne „Vermögenssteuer jetzt!“

Der Stadtrat hat beschlossen, dass sich die Stadt Leipzig für die Einführung der Vermögenssteuer ausspricht und öffentlichkeitswirksam dem Bündnis „Vermögenssteuer jetzt!“ beiträgt. Außerdem wurde der OBM beauftragt, sich im Deutschen Städtetag und anderen kommunalen Vertretungen für eine Einführung der Vermögenssteuer einzusetzen.

In den letzten Jahren ist bundesweit ein Trend in Richtung Großspenden durch Privatpersonen und Stiftungen auszumachen. Ursache hierfür ist die massive Zunahme des privaten Reichtums in den Händen weniger. Durch die Steuer-senkungspolitik der vergangenen Bundesregierungen hat sich gleichzeitig die Finanzsituation der öffentlichen Haushalte dramatisch verschlechtert. Privater Reichtum und öffentliche Armut bedingen einander. Die Einführung einer Vermögenssteuer kann hier ein wichtiger Baustein zur Lösung dieser Probleme sein.

Holzeinschlag im Auwald – ein Reizthema

von Norman Volger

Und jährlich grüßt das Murmeltier, wenn die Holzeinschlagsaison durch das Leipziger Forstamt im Auwald oder einem anderen Stadforst beginnt.

Seit mittlerweile über zehn Jahren Diensttätigkeit bei den Grünen erreichen mich immer wieder aufs Neue aufgeregte Anrufe oder E-Mails von umweltbewegten BürgerInnen und z. T. auch aus der Mitgliedschaft, die mit Entsetzen Fällungen beobachten, sich darüber aufregen und nach der Rechtmäßigkeit fragen. Der Schock beim Anblick gerodeter Flächen, zerstörter Böden, geschlagener Schneisen – kurzum: zerstörter Natur – ist vollkommen verständlich. Aber ist er auch richtig?

Aus diesem Grund folgen an dieser Stelle ein paar erläuternde Worte, um den vielen berechtigten Fragen der BürgerInnen Antworten zu geben und auch um den Standpunkt der Fraktion zu erklären.

Zu Beginn sei erwähnt, dass es sich bei dem Leipziger Auwald um eine Kultur-



landschaft handelt, die gepflegt werden muss. Der Auwald ist das Produkt der Menschenhand, in dem viele geschützte Arten ein Zuhause gefunden haben. Nicht ohne Grund stehen deshalb Teile des Auwalds unter Naturschutz. Damit die geschützten Arten aber auch weiterhin in ihrem Lebensraum existieren können, muss der Auwald in seiner jetzigen Form erhalten bleiben. Dabei hilft der Mensch, in diesem Fall das Forstamt, indem er den Wald bewirtschaftet und in seinem Zustand erhält, auch wenn die Art und Weise zunächst auf Unverständnis und Ablehnung stoßen können.

Ohne zu sehr in die Details zu gehen, sei erwähnt, dass die Pflege auch über sogenannte Femelbewirtschaftung erfolgt. „Bei dieser forstwirtschaftlichen Betriebsart werden im Wald unregelmäßig verteilte kleinere Parzellen festgelegt (Femelschläge). An diesen Stellen werden erst nur

Gruppen von Bäumen gefällt. Dann werden nach und nach die Parzellen radial erweitert (Rändelungshiebe), bis zuletzt durch die Entfernung der letzten Altbäume zwischen den Parzellen eine geschlossene Fläche entsteht. Durch den langsam gesteigerten Lichteinfall unter dem bestehenden Kronendach wird eine natürliche Verjüngung ermöglicht mit einer zuletzt relativ altershomogenen Zusammensetzung. Oder auch ein sich stetig verjüngender Dauerwald, in dem Bäume aller Altersstufen kleinflächig vermischt sind.“ (Quelle: wikipedia) Das ist die Antwort auf die Frage, warum es nach Fällungen zu großen, runden, kahlen und zu meist fürchterlich aussehenden Flächen im Auwald kommt, die zwar auf den ersten Blick berechnete Empörung hervorrufen, aber eben einem Zweck dienen.

Forstwirtschaftlich ist dies rechtmäßig und gut begründet. Wie aber sieht es mit dem Naturschutz aus? Die in Leipzig ansässigen Umweltverbände, die auch als Trägerinnen öffentlicher Belange anerkannt sind, tragen die Bewirtschaftungsform des Forstamts mit und sind über die AG Wald im regelmäßigen Austausch mit dem Forstamt. Aus naturschutzfachlicher Sicht ist daher gegen die Bewirtschaftung nichts einzuwenden. Und um anschließend gleich mal eins der größten Vorurteile

Ratsreporter Rudi: Das schöne Detail



Stadtverwaltung zerstört Liebesglücke

Wie weitreichend manchmal das Handeln der Verwaltung in das Persönliche der Menschen reicht, erschüttert der geneigten Beobachter doch immer wieder.

Tatort diesmal: Die „Liebesschlösser“ an der Klingerbrücke im Clarapark. Auch an der Leipziger Klingerbrücke ist dieser Brauch inzwischen gang und gäbe und zeugt von zahlreichem Liebesglück in unserer Stadt. Und wer weiß: Vielleicht ist ja unser wunderbarer Baby-Boom auch dem einen oder anderem Schloss entsprungen ...?

Eine wohl nicht ganz unzutreffende Vermutung. Folgerichtig beantwortete Bürgermeister Müller (SPD) eine besorgte Anfrage eines Bürger diesbezüglich auch besonders großväterlich-warmherzig,

wenn auch wenig liebevoll-verständlich. Denn die Stadt entfernt diese dort regelmäßig, aus Sorge, dass diese den Rostschutz der Brücke angreifen, ja diese sogar irgendwann statisch zum Einsturz bringen könnte. Aber wer jetzt meint: verschrottet und weg – der hat sich gründlich geirrt!

Denn diese müssen als „Fundsache“ wohlsortiert ein Jahr (!) aufbewahrt werden, da, falls doch eine „ewige Liebe“ zerbrochen sein sollte und die Besitzer „ihr“ Schloss zurück haben wollten, dieses auch ausgehändigt werden kann.

Und folgerichtig sinnierte BM Müller über die exorbitanten Aufbewahrungskosten und Flächenverbräuche. Und so stellte sich beim Verfasser sofort das Bild ein, wie unzählige geknackte Schlösser, Schloss für Schloss, wohl und liebevoll von Verwaltungsbeamten aufgereiht und mit Datum versehen, große Kästen, ja ganze Hochregale füllen – eine Art Kolonialmuseum für Vorhängeschlösser.

Wie einfach wäre es wohl, an einem sicheren Ort, mit gutem Zugang zur „ewigen Liebe“ eine solche Möglichkeit zu schaffen...?

Zum Hintergrund: Die „Liebesschlösser“ werden – einem alten italienischen Brauch folgend – von einem verliebten Pärchen an eine Brücke über einem Fluss angeschlossen, der Schlüssel dann „für ewig“ in den Fluss geworfen, was die „ewige Liebe“ besiegeln soll.

Die Schlösser enthalten oft eine Beschriftung der Vornamen oder Initialen der Verliebten, oft mit Datum.

So sind an der Köllner Hohenzollernbrücke mittlerweile 40.000 (was wohl so um die ca. 25 Tonnen Gewicht ausmacht) angeschlossen, der derzeit bekannteste deutsche Ort für diesen Brauch.

In vielen Städten gibt es Verbote. In Venedig und Berlin ist das Anbringen an Brücken strikt verboten. In Venedig ist insbesondere die Rialto-Brücke betroffen, das Neuanbringen kann bis zu 3.000 € Bußgeld kosten. An der Lübecker Obertravebrücke wurden dagegen sogar zwei Ketten angebracht, an denen das Anbringen der Liebesschlösser erlaubt ist.

aufzulösen: Die Stadt Leipzig macht mit dem Verkauf des Holzes in Summe keine Gewinne. Der Erlös deckt nicht mal die Kosten des Forstamts.

Bleibt natürlich noch die Frage nach der Durchführung der Bewirtschaftung. Das Forstamt selbst fällt nicht, sondern schreibt die Leistung aus. Oft erreichen uns daher auch Anrufe, in denen sich beschwert wird, dass die Firmen buchstäblich wie die Axt im Walde wüten würden. Nun: Pauschal können wir als Laien dies schwer beurteilen, haben aber trotzdem manchmal recht und manchmal eben nicht. Das Forstamt überprüft daher regelmäßig die Hinweise aus der Bevölkerung, die auch wir weitergeben. Und es ist wahr, nicht jede Firma hat in den letzten Jahren gleich gut gearbeitet, und einige stehen daher auch auf einer blacklist, weil sie mehr Schaden angerichtet haben, als es nötig wäre. Deshalb sind die Hinweise aus der Bevölkerung wichtig und richtig.

Zum Abschluss etwas Spezielles: Aufgrund der Schneisen, welche die Fahrzeuge durch den Auwald schlagen, um an die Femel zu gelangen, gab es aus der Bevölkerung und der Politik den Hinweis, doch sogenannte Rückerpferde einzusetzen, welche die Baumstämme auf die Wege ziehen. Im Gebirge, wo Fahrzeuge nicht hinkommen, ist das eine gängige Methode. Gesagt, getan: Es wurde ausprobiert. Leider musste aus wirtschaftlichen und vor allem aus Gründen des Tierschutzes wieder darauf verzichtet werden. Im Gegensatz zum Gebirge besteht der Untergrund im Auwald nicht aus Stein, sondern aus sumpfigem Erdboden. Die Pferde sanken auch bei Minusgraden nach kurzer Zeit ein, kamen nicht voran und waren fix und fertig. Weder schafften sie ihr gewöhnliches Pensum, noch war die Anstrengung den Pferden gegenüber zu vertreten.

Als Fazit aus dem oben Beschriebenen kann festgehalten werden: Die Fällungen im Auwald erzeugen auf den ersten Blick berechnete Bedenken und Befürchtungen. Auf den zweiten Blick kümmern sich die Stadt Leipzig und das Forstamt in einer vernünftigen und zu vertretenden Art und Weise um die Waldbewirtschaftung, und unsere Fraktion trägt diese mit. Ich hoffe, mit diesem Text einige Fragen beantwortet und mehr Verständnis erzeugt zu haben. Bleiben Sie dennoch wachsam, und informieren Sie uns oder das Forstamt, falls Ihnen etwas Ungewöhnliches in unseren Wäldern und Naturschutzgebieten auffällt.

VIP oder VIB

von Katharina Krefft

Es ist schon eine Erkenntnis, wenn man zwei Debatten nebeneinander legt. In der letzten Ratsversammlung ging es um VIP-Stellplätze, um die Umwidmung von öffentlicher Fläche für private Nutzung: Parkplätze für Gäste des Grandhotels. Die Pro-Redner argumentieren, dieser Service wäre doch das Mindeste, das man LeistungsträgerInnen zubilligen müsse. Denn es wären die LeistungsträgerInnen der Gesellschaft, die Multiplikatoren, die im Grandhotel abstiegen.

Derselbe Vertreter der CDU äußerte sich vor Kurzem noch in einer anderen Debatte: der Stadtrat beschloss die Betreuung der Kinder von Stadträtinnen und Stadträten während der Sitzungen, die bekanntermaßen am Nachmittag nach der Kita-Zeit stattfinden. Hier durften sich die jungen Eltern anhören, dass sie ihr privates Leben nicht im Griff hätten. Wenn jemand eine ehrenamtliche Tätigkeit annehme, dürfe er nicht erwarten, dass andere dafür aufkommen. Also: Eltern sind keine LeistungsträgerInnen, zumindest nicht, wenn sie sich politisch engagieren.

Postscriptum: Der Stadtrat stimmte für die VIB – die very important babies – und gegen die VIP-Stellplätze.

Neues aus dem Stadtrat

Wieder Anschlag auf Markthallen-beschluss

Einen besonders hinterlistigen Antrag haben jetzt SPD und Linke zur Abstimmung gebracht, der den Bau der Frischmarkthalle auf unbestimmte Zeit verzögert und faktisch an den Bau des Einheitsdenkmals gebunden hätte.

Unter dem unverfänglichen Titel der „Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung und einer aktiven Bürgerbeteiligung ...“ haben die als erklärte Gegner der Markthalle geltenden Fraktionen versucht, die bereits drei Mal im Stadtrat bekräftigten Beschlüsse zum Bau einer Frischmarkthalle zu unterlaufen. So sollte ein Bebauungsplan für das Gesamtareal nach (in den Sternen stehenden) Abschluss des Denkmalswettbewerbes erarbeitet werden und eine breite Bürgerbeteiligung gesichert werden. Ein Einzelhandelsgutachten,

was die Wünsche der Einzelhändler berücksichtigt (die diese Halle bekanntlich mehrheitlich im Moment ablehnen) sollte Grundlage der Planung sein.

Auf mehrfache und beharrliche Nachfrage von Ingo Sasama, ob dieser Beschluss die Markthalle verzögere, hatte Bürgermeister zur Nedden – der bei uns in dieser Frage nicht als loyal gilt – nur ausweichendes Gerede parat.

Der Beschluss wurde schließlich mit Stimmen von CDU und FDP mit 30 zu 31 Stimmen abgelehnt und somit nochmals der Wille der Mehrheit des Stadtrates bekräftigt, die Markthalle umgehend durch einen privaten Investor bauen zu lassen.



GRATULATION ...

... den nun vierfachen Eltern
Katharina Krefft und Peter Hettlich
zur Geburt ihres ersten Sohnes
Hans Friedrich am 26. September d. J.
Alle sind wohl auf und erfreuen
sich bester Gesundheit,
vor allem die drei
Schwestern sind ganz entzückt
über ihr kleines Brüderchen.

FROHE WEIHNACHTEN

Zeit für Gelassenheit,
Mut zu Neuem,
Freude an dem was man hat,
Gesundheit für ein langes Leben
und viel Liebe zum Verschenken.
Dies und vieles mehr verbunden
mit den besten Wünschen
für ein frohes Weihnachtsfest
und einen guten Start
ins Neue Jahr
wünschen Ihnen

Ihre Stadträtinnen
und MitarbeiterInnen der Stadtrats-
fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Corporate Governance Codex - die Büchse der Pandora im Mäntelchen der Transparenz

von Malte Reupert

Wer nur die Überschriften liest, kann durchaus solche Schlüsse ziehen. Denn in dem vom Oberbürgermeister vorgelegten Papier sind die Transparenzregeln lediglich die Verpackung für ein Bündel von Zuständigkeitsverschiebungen, die die beim OBM angesiedelte Beteiligungsverwaltung zu Lasten der anderen Gremien (BBVL, Aufsichtsräte, Geschäftsführungen) stärkt. Dies bewegt sich an manchen Stellen am Rande der Rechtswidrigkeit, steht aber vor allem dem Sinn der gesetzlichen Regelungen entgegen.

Die gesetzlich vorgegebene, zentrale Rolle der Aufsichtsräte wird in den Leipziger kommunalen Unternehmen ohnehin schon heute weitgehend vom Büro des Oberbürgermeisters ausgehebelt, indem Herrschaftswissen gebildet und wesentliche Entscheidungskompetenzen faktisch dort hin gezogen worden sind. Durch die meistens fehlenden Grundlagen- und Praxiskenntnisse bei den durch die Fraktionen entsandten Aufsichtsräten macht sich der Stadtrat leider auch noch zum indirekten Komplizen beim Marginalisieren der Funktion der Aufsichtsräte.

Die Stadt Leipzig hat mit der BBVL (27 Mitarbeiter) zwar ein nicht ganz billiges, aber im Grunde sehr wirkungsvolles und kompetentes Instrument zur wirtschaftlichen und strategischen Kontrolle der kommunalen Unternehmen. Die Vorlage des OBM marginalisiert die BBVL zu einem Institut zum Erstellen betriebswirtschaftlicher Tabellen und verlagert die zentralen Steuerungs- und Entscheidungskompetenzen in die Beteiligungsverwaltung beim OBM (4 Mitarbeiter). Diese ist jedoch heute schon der fachliche und organisatorische Flaschenhals, in dem viele wichtige Aspekte und Angelegenheiten stecken bleiben.

Das traurigste an dieser Vorlage ist aber der Geist des Misstrauens, der sich wie ein roter Faden durch die Vorlage des OBM zieht: Dieses Klima ist zwar leider die täglich erlebbare Normalität in der Leipziger Verwaltung und hat ihren Ursprung offenbar schon in der Ära Tiefensee. Dieses Klima macht die Arbeit insbesondere für engagierte Führungs-

kräfte und Mitarbeiter in Verwaltung und kommunalen Unternehmen regelrecht zur Hölle: Der dauerhafte Rechtfertigungsdruck sowie Vorgesetzte und konkurrierende Abteilungen, die mit Argusaugen nach Fehlritten suchen, lähmen Kreativität und Motivation und machen jede notwendige Entscheidung zu einem Risiko. Nicht ohne Grund sind zum Beispiel viele Perdata-Mitarbeiter heilfroh, mit dem Verkauf der Firma dem Würgegriff von Verwaltung und LVV entronnen zu sein. Keine noch so ausgeklügelte Kontrollfunktion, kein Corporate Governance Kodex kann Betrugsfälle wie in den KWL verhindern. Wohl aber können kompetentere Aufsichtsräte und ein gutes Arbeitsklima deren Wahrscheinlichkeit verringern.

Fazit: Der heute vorliegende Verwaltungsentwurf zum Corporate Governance Kodex – bestehend aus einer Mixtur des CGK der Stadt Mannheim, einer Vielzahl von verkomplizierenden und an dieser Stelle sachfremden Regelungen zu Funktion und Aufgaben von Verwaltung, Aufsichtsräten und Gesellschafterversammlung sowie Ansätzen von unstrukturierten Eigentümerzielen und unvollständigen Strategiebestandteilen – ist vollkommen inakzeptabel und muss von Grund auf neu geschrieben werden. Es ist ein durchaus sinnvolles Anliegen, Systematik und Rangfolgen in die Strategien und Ziele für die Leipziger kommunale Unternehmensfamilie zu bringen. Auch die Strukturierung von Steuerungs- und Entscheidungsfunktionen ist sinnvoll. Nur muss das dann auch unter dieser Überschrift stattfinden und dies im Sinne der Gesetze und mit einer um Klassen verbesserten Qualität.

Obwohl ich persönlich dem federführenden SPD-Stadtrat diese Bedenken erläutert habe, ist in Presseerklärung und Stadtratsdebatte allein auf die oberflächliche Frage Transparenz oder nicht abgestellt. Das Kalkül ist gescheitert: Wir haben den Trojaner nicht auf unserer Festplatte installiert.

Anmerkung der Redaktion: Der OBM hat die Vorlage inzwischen zur Überarbeitung zurückgenommen.

Ratschlag kostenlos!

Möchten Sie den „RATSCHLAG“
regelmäßig mit der Post
zugeschickt bekommen?
Dann schicken Sie den
ausgefüllten Coupon an:
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Stadtrat Leipzig
Stadt Leipzig · 04092 Leipzig

VORNAME, NAME

STRASSE

ORT

PLZ

oder senden Sie eine email an:
GrueneFraktion@Leipzig.de

Impressum

Herausgeber:
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Stadtrat Leipzig
Neues Rathaus / Zimmer 103
Martin-Luther-Ring 4 - 6
04109 Leipzig
Tel: 123-2179 / Fax: 123-2175
E-Mail: GrueneFraktion@leipzig.de
www.gruene-fraktion-leipzig.de

Konto für „Ratschlag“:
Stadt- und Kreissparkasse Leipzig
BLZ 860 555 92
Konto-Nr. 1194900638

Redaktion:
Ingo Sasama (Vi.S.d.P.), Cordula Rosch,
Katja Rahnefeld

Fotos und Abbildungen:
Fraktionsgeschäftsstelle,
S. 7 Ralf Julke, S. 11 Stadt Leipzig

Druck:
Druckerei Hennig, 04416 Markkleeberg
Magdeborner Straße 7,
Auflage: 1.600



Wolfram Leuze
Fraktionsvorsitzender

Jurist i. R.
Jahrgang 1939
verheiratet
2 Kinder
1 Enkel

FA Kultur (Vorsitzender), Verwaltungsausschuss, Ältestenrat, FA Finanzen, BA Kulturstätten, AR LVV, VV ZV Stadt- und Kreissparkasse, Kinder- und Familienbeirat



Annette Körner
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Betriebliche Um-
weltbeauftragte,
Geschäftsführerin
Förderverein UiZ
Jahrgang 1962
3 Kinder

Jugendhilfeausschuss / + UA Finanzen,
FA Wirtschaft und Arbeit, Vergabegremium VOB,
Umlegungsausschuss, AR LWB, VV ZV Stadt- und
Kreissparkasse, VV ZV Parthenaue, Migrantenbeirat



Katharina Krefft
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Ärztin
Jahrgang 1978
verheiratet
4 Kinder

Verwaltungsausschuss, FA Jugend, Soziales,
Gesundheit und Schule, AR BBVL, AR St. Georg,
AR Städt. Altenpflegeheime, Gleichstellungsbeirat



Norman Volger
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Geschäftsführer DAKS e. V.
Jahrgang 1978
verheiratet
1 Kind

FA Umwelt/Ordnung, FA Jugend, Soziales,
Gesundheit und Schule, Vergabegremium VOL,
AR KWL, AR BBVL, Tierschutzbeirat



Heike König

Projektmanagerin
Jahrgang 1962
verheiratet
4 Kinder
4 Enkel

Grundstücksverkehrsausschuss, Rechnungs-
prüfungsausschuss, BA Stadtreinigung und
Bestattungswesen, AR Stadtwerke,
AR Gewerbehof + Service GmbH, VV ZAW



Ansgar Maria König

Sänger
Jahrgang 1960
verheiratet
4 Kinder
4 Enkel

BA Kulturstätten,
FA Wirtschaft und Arbeit, BA Jugend, Soziales,
Gesundheit, Bewertungsausschuss AR LVB,
AR LEVG + LEVG & Co. KG, Leipziger Stiftung
InnoTec, Regionaler Planungsverband Westsachsen



Roland Quester

Leiter der Leipziger
Umweltbibliothek
Jahrgang 1965
Lebensgemeinschaft
4 Kinder

FA Stadtentwicklung und Bau (Vorsitzender),
AR Stadtwerke, VV ZV Neue Harth, Kinder-
und Familienbeirat



Malte Reupert

Bio-Landwirt
Inhaber „Biomare“
Jahrgang 1970
Patchwork-Familie
4 Kinder

FA Finanzen, FA Umwelt und Ordnung,
Rechnungsprüfungsausschuss, AR PUJUL, AR LVV



Bert Sander
(WVL)

Freiberuflicher Lektor
Dozent
Jahrgang 1960
verheiratet
2 Kinder

Verwaltungsausschuss, FA Kultur,
FA Allgemeine Verwaltung, FA Stadtentwicklung
und Bau, AR Zoo, VV ZV Kulkwitzer See



Ingo Sasama

Fraktionsgeschäftsführer
Jahrgang 1960
verheiratet
3 Kinder
1 Enkel

Grundstücksverkehrsausschuss, FA Sport,
FA Allgemeine Verwaltung, Petitionsausschuss,
AR LWB, AR LECOS



Michael Schmidt

Arbeitnehmerberater
Jahrgang 1977
Lebensgemeinschaft
2 Kinder

Jugendhilfeausschuss, FA Sport, BA Jugend, Soziales,
Gesundheit, AR Sportbäder, AR LVB



Katja Rahnefeld

Referentin
Jahrgang 1977
verheiratet
2 Kinder

AG Straßenumbenennungen,
städtische Wahlkommission



Cordula Rosch

Referentin
Jahrgang 1968
verheiratet
3 Kinder

Stadtbezirksbeirat Südwest, Fachforum Wohnhilfen,
AG Recht auf Wohnen



Alrun Tauché

Fraktionsmitarbeiterin
Jahrgang 1967
verheiratet

Stadtbezirksbeirat Mitte